Nr. 527 B 261 Abend-Ausgabe

Berlin

Montag, 7. November 1927 V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch. Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Kursstürze an der Börse

Verluste bis 38 Prozent

An der Berliner Börse kam es heute zu großen Kursstürzen. Der schwachen Sonnabend-Börse ist ein „Schwarzer Montag" gefolgt.

Die Börse befand sich von Anfang an in sehr erregter Stimmung. Der Notenwechsel Gilbert-Reichsregierung und das unzureichende Communiqué über die angespannte Finanzlage des Stahlvereins übten auf sämtliche Marktgebiete einen derartig ungünstigen Einfluß aus, daß die Kurse durchweg ins Wanken gerieten. Die stärksten Verluste hatten Vereinigte Glanzstoff mit 38 Prozent, Bemberg mit 31 Prozent, Ostwerke mit 22 Prozent, Schultheiß mit 21 und J. G. Farben mit fast 14 Prozent.

Die Depression nahm in der zweiten Börsenstunde noch zu, da Befürchtungen laut wurden, daß die erheblichen Differenz-Zahlungen, die sich aus dem gesunkenen Kursniveau ergeben, möglicherweise in dem einen oder anderen Fall bei der Medio-Regulierung zu Schwierigkeiten führen können. Auch die Baisse-Partei nutzte die gedrückte Stimmung zu einem neuen Vorstoß aus, der das gesamte Kursniveau noch weiter ins Wanken brachte.

Das Echo des Gilbert-Memorandums

New York: „Eine ernste Mahnung"

Funkdienst der „Vossischen Zeitung"

wsch **New York**, 7. November

Die „New York World", bei der meist Verständnis für deutsche Dinge zu finden ist, kommentiert das Memorandum Parker Gilberts und die Antwort des Reichsfinanzministers in einer Weise, die zeigt, daß die allgemeine Stimmung in diesem Falle dem deutschen Standpunkt wenig günstig ist.

Der Reparationsagent, schreibt die Zeitung, habe gesprochen wie ein Mann, der weiß, wovon er redet, und das, was er zu sagen hat, auch deutlich sagt. Er habe in seinem Memorandum nur noch einmal und in präziserer Form die Mahnungen wiederholt, die er in seinem offiziellen Juni-Bericht in vorsichtigerer Form vorgebracht habe, die aber von der Regierung nicht beachtet worden seien. Da die deutsche Regierung auf dem Weg der Verschwendung und des Borgens nach weiter zu gehen offenbar beabsichtige, sei es seine Pflicht gewesen, eine klare Warnung auszusprechen.

Auch die „New York Times", die seit einiger Zeit den deutschen Angelegenheiten Objektivität entgegenbringt, sieht in dem Gilbertschen Memorandum nur eine ernste Mahnung, daß die Niederlage im Kriege Deutschland internationale Verpflichtungen aufgebürdet habe, die es nicht übersehen könne. Gilbert tue nur seine Pflicht, entsprechend dem Vertrage von Versailles und dem Dawes-Plane. Tatsächlich habe ja auch die deutsche Regierung nicht im geringsten die Berechtigung Gilberts angezweifelt, ihre Aufmerksamkeit auf gefährliche Tendenzen in der Leitung der öffentlichen Finanzen zu lenken. Sie bestreite nur die Richtigkeit einiger Daten und komme teilweise zu anderen Schlüssen als Parker Gilbert. Im ganzen nimmt sie die Warnung als etwas an, was auch die deutschen Finanz- und Bankautoritäten schon geäußert haben, und was sie verpflichtet sei, zu beachten.

Londoner Kommentare unfreundlich

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

London, 7. November

Die Londoner „Times" zitieren ausführlich aus dem Memorandum Parker Gilberts, das sie als eine wirksame Anklage gegen die deutsche Finanzpolitik bezeichnen. Seitdem, im Jahre 1924, durch den Dawesplan Deutschland finanziell Luft bekommen habe, sei dort eine Politik der Verschwendung eingerissen. Die Antwort des Reichsfinanzministers auf die „Anklagen" Gilberts sei wenig überzeugend. Dr. Köhler müsse in seiner Antwort dem Reparationsagenten in so vielen Stücken Recht geben, daß man an der Berechtigung der Gilbertschen Kritik gar nicht zweifeln könne.

Auch die „Financial News" schreiben, daß die Denkschrift des Reparationsagenten nicht gerade geeignet sei, die Befürchtungen in Bezug auf die glatte Abwicklung des Reparationsplanes zu beseitigen. Deutschlands jetziger Wohlstand, der auf geborgtem Gelde beruhe, sei künstlich und unnatürlich und werde eines Tages zur Katastrophe führen.

* **Paris**, 7. November

Die Pariser Presse brachte schon am Sonntag sehr ausführliche Kommentare zu dem Schriftwechsel zwischen dem Reparationsagenten und dem Reichsfinanzminister. Die Zeitungen heben aus der Antwort Dr. Köhlers vor allem die Stelle heraus, wo er, der im Namen der Reichsregierung, also auch der deutschnationalen Minister, schreibt, sich noch einmal formell zur gewissenhaften Durchführung des Dawes-Planes verpflichtet.

Koch-Weser über Köhler

Das bestellte Memorandum

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

d **Breslau**, 7. November

Auf dem Bezirksparteitag der niederschlesischen Demokraten in Liegnitz erklärte der Parteiführer Koch-Weser zu dem Konflikt mit dem Reparationsagenten:

Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat im Frühjahr gesagt, daß er bei seinem Amtsantritt leere Kassen vorgefunden habe, jetzt aber sieht er die Finanzlage in rosigem Licht. Dieser Widerspruch hat Mißtrauen gegenüber der deutschen Finanzpolitik im Inland und Ausland geschaffen. Statt, wie das Dr. Reinhold tat, die persönliche Fühlungnahme zu pflegen, hat der neue Reichsfinanzminister den Reparationsagenten **zu einem schriftlichen Memorandum veranlaßt**, über das die Reichsregierung die deutsche Oeffentlichkeit tagelang im unklaren gelassen hat, insbesondere darüber, daß ihrerseits dieses Memorandum gewünscht worden war. **Den Deutschnationalen war dieses Memorandum aus innerpolitischen Gründen erwünscht**, um damit den Reparationsagenten als „Frondogt" hinstellen zu können, der gegen die Erhöhung der Beamtengehälter Einspruch erhoben hätte. Sie übersahen aber nur, daß ein derartiges Memorandum das Vertrauen des Auslandes, namentlich hinsichtlich der Kreditfähigkeit Deutschlands, ernsthaft schädigen kann.

Die deutsche Wirtschaft kann die Belastung durch eine Besoldungserhöhung tragen, wenn eine vernünftige Verwaltungsreform durchgeführt wird. Augenblicklich bekommt Bayern mit seinem aufgeblähten Behördenapparat Zuwendungen auf Kosten des deutschen Ostens. Hätte der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff das bayerische Vorbild befolgt und die Besoldungsregelung in Preußen nicht im wesentlichen auf preußische Rechnung übernommen, so wäre aller Voraussicht nach die ganze Besoldungsregelung zum Scheitern verurteilt gewesen. Endgültig lassen sich diese Schwierigkeiten freilich nur durch den Einheitsstaat überwinden.

Der Reichsschulgesetzentwurf wird die Deutschen zwar nicht nach Stämmen, aber nach Konfessionen, ja auch nach Ständen scheiden. Gerade wegen der großen Verschiedenheiten muß die deutsche Jugend zur Einheit erzogen werden. Verstehen lernen, ist für die Kinder wichtiger als bekennen. Gefährlich ist es, daß die Anhänger der Konfessionsschule einen Teil der Arbeiterschaft in eine neue religionslose Schule vermeiden wollen. Die Bewegung zur Sonderschule wird später vor der höheren Schule nicht haltmachen. In Bayern bedürfen schon heute die Universitätslehrer der Geschichte und Philosophie der Zustimmung des Episkopats. Hier sollte alles zusammenhalten, was liberal gesinnt ist.

Beunruhigung

Von

Karl Lahm

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung"

* **Wien**, 6. November

Schon in vergangener Woche liefen in Berlin und anderen Städten im Reiche Gerüchte um, daß man in Oesterreich vor dem Beginn ernster Ereignisse stehe. Die Heimwehren in den Ländern, so hieß es, bereiten sich zu einem Marsch auf Wien vor, ganz nach dem Muster des faszistischen Marsches auf Rom und obendrein mit italienischer Unterstützung. Sowohl die Heimwehren in Tirol wie in Steiermark hätten aus Italien Waffen erhalten. Sogar den Tag für das Losschlagen wußte man, den 15. November, weil am 12. November, dem österreichischen Nationalfeiertag, die Sozialdemokraten mit Kundgebungen für die rote Republik den Vorwand liefern würden. Dann wieder hieß es, daß Nationalrat Dr. Rinteln, der gewesene Landeshauptmann von Steiermark, oder der ebenfalls christlichsoziale Bundesrat Dr. Steidle, „Heimwehrgeneral", die faszistische Verbindung hergestellt hätten.

„Phantasien", wird man sagen, aufregende Gerüchte, die für Oesterreich schädlich sein müssen, und glatt erfunden, da man in Wien nichts davon weiß. Phantasien, es braucht nicht besonders betont zu werden. Die Heimwehrleitung bestreitet mit Entschiedenheit, die Regierung Seipel nicht minder.

Wie aber konnten die **Gerüchte entstehen**? Wo Rauch ist, da ist auch Feuer. Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie hat sich mit Rüstungen und Gegenrüstungen, mit der Gefahr des Bürgerkrieges, eifrig beschäftigt; man sprach dort von „Faszismus", von dem schon am 17. Juli geplanten Marsch auf Wien der mit Maschinengewehren ausgerüsteten steirischen Heimwehren. Man sprach auch, selbst in der einstimmig vom Parteitag angenommenen „Deklaration", von monarchistischen, aristokratischen und hakenkreuzlerischen Heimwehrführern, die auf Provokationen abzielten. Daher der Ruf Dr. Renners nach Koalition und Abrüstung, womit der Parteitag sein Einverständnis erklärte.

Was sind nun die tieferen Ursachen der Beunruhigung? Innerhalb der bürgerlichen Formationen Oesterreichs gibt es keine einheitliche Richtung und Führung. Schon im Frontkämpferverband, der ursprünglich zur Bekämpfung des Kommunismus gebildet wurde, gab es Großdeutsche, Hakenkreuzler und Schwarzgelbe, weshalb diese Formationen an Zahl immer mehr zurückgingen. Dann kam Dr. Steidle, der militante Rechtsanwalt in Innsbruck, der die ursprünglich für den Grenzschutz bestimmten Heimwehren ausbaute, um ein Gegengewicht gegen den rein sozialdemokratischen Schutzbund zu schaffen. Es wollte auch hier nicht so recht gehen. Die Nationalsozialisten, die sich von dem in Oesterreich gebürtigen Hitler kommandieren ließen, trieben eine eigene Politik und schreckten mit ihren roten Hakenkreuzfahnen insbesondere die Bauernjugend ab. Diese völkischen Abteilungen waren es, die mit ihren bewaffneten Uebungen den größten Lärm verursachten und auch Zusammenstöße mit Abteilungen des Republikanischen Schutzbundes herbeiführten. Daß Hitler mit Rom Beziehungen hatte, machte ihn zuerst in Tirol unmöglich; als er gar in einem Münchener Bräukeller Südtirol für die italienische Faszistenfreundschaft preisgab, antworteten ihm alle österreichischen Parteien mit einer Schärfe, die nur gemildert war durch den Umstand, daß man ihn so wenig wie Ludendorff ernst nehmen will. Dann erlebte man es vor einigen Wochen, daß einer seiner Offiziere in Bayern anfündigte, die Abrechnung mit den Roten in Wien werde kommen und die Juli-Ereignisse würden dagegen nur ein Kinderspiel sein. Wieder wurde in den Wiener bürgerlichen Blättern grob geantwortet, man werde sich von den Hakenkreuzlern nicht provozieren lassen. Der Münchener Major hatte den Marsch auf Wien für nächstes Frühjahr in Aussicht gestellt; die Berliner Gerüchte haben es eiliger.

Angesagte Revolutionen pflegen nicht zu kommen. Auch wenn für den 12. November der Reichsbauerntag nach Wien berufen wurde und wenn der „Bauernbündler" schreibt: „Der feste, eherne Schritt der Bauern wird gehört werden müssen", braucht man noch nicht zu fürchten, daß es zu Zusammenstößen mit den am Staatsfeiertag aufmarschierenden sozialdemokratischen Verbänden kommen wird. Die Führer sind zugegen, die Polizei kann ihre Vorkehrungen treffen. Putsche, Blutvergießen entstehen, wenn die Behörden unvorbereitet sind und die Führer überrumpelt werden. Man darf Dr. Steidle glauben, wenn er glaubt, daß er und die Heimwehren den Frieden und die Ordnung wollen und wenn er sich dagegen wehrt, daß man ihm wohnsinnige Pläne zuschiebt. So merkwürdig gewisse Beziehungen des von Bundeskanzler Dr. Seipel nicht ohne Mühe in Steiermark entthronten Dr. Rintelen mit italienischer Finanz gewesen sind, so hat man doch keinen Anhaltspunkt dafür, daß er, der sich jetzt für die Heimwehren einsetzt, faszistisches Geld und Be-